

Inserate
werden angenommen
in Bojen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Karl Ad. Schlegel, Hoflieferant,
Dr. Gerberstr. u. Breitenstr. Ecke,
Otto Nischisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Bojen.

Mittags-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bojen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Mosse, Hansen & Vogler A.-G.,
G. J. Pander & Co., Invalidendamm.

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
W. Brann
in Bojen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 904

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preußen 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 28. Dezember.

Inserate, die höchstens zwei Zeilen oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Vom Reichsversicherungsamt.

Ueber die Mitwirkung der Richter bei der Spruchthätigkeit des Reichsversicherungsamts in Unfallversicherungssachen wird uns von sachmännlicher Seite das Folgende geschrieben: Die Zahl der nach der kaiserlichen Verordnung betreffend das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt vom 5. August 1885 in § 7 vorgesehenen ordentlichen richterlichen Mitglieder (welche vom Kaiser ernannt werden) beträgt meines Wissens nur 4 oder 5 (für Unfallssachen). In Folge der erheblichen Zunahme der Arbeit beim Reichsversicherungsamt sind durch den Reichskanzler etwa 20 Hilfsrichter aus den hiesigen (Berliner) Richtern als ständige Hilfskräfte zugezogen worden. Auch diese reichen längst nicht mehr aus. Während bis vor etwa zwei Jahren jeder Hilfsrichter nur etwa in je drei Wochen eine Sitzung hatte, sind zur Zeit jedem Richter in 14 Wochen 13 Sitzungen, also fast allwöchentlich eine Sitzung zugeordnet. Dies erklärt sich daraus, daß in Folge der Zunahme der Rekluse (im Jahre 1892 nur 4240, pro 1894 schon etwa 7000; also pro 1895 gewiß 8000 zu erwarten nach der früheren Steigerung: 1890 2354; 1891 3378; 1892 4240) jetzt wöchentlich 12 Verschiedene (täglich je 2) Senate tagen und zu jeder Sitzung (in welcher je 16 Sachen erledigt werden) 2 Richter nötig sind, d. h. wöchentlich jeder der vier ständigen richterlichen Mitglieder und jeder der zwanzig Hilfsrichter ein Mal!). Jedem der Hilfsrichter fallen auch jetzt pro Sitzung mehr Sachen zu als früher: wöchentlich mindestens 5 Spruchssachen (neben einigen Beschlüssen), während er in den früheren, selteneren und dabei nur mit weniger Sachen besetzten Sitzungen oft nur 3 oder 4 Spruchssachen vorzutragen hatte. Die Regelung der Thätigkeit beim Reichsversicherungsamt geht auch nicht etwa dahin, daß die Hilfsrichter nur an den Sitzungen selbst theilnehmen und hier nur mit ihren juristischen Kenntnissen an der Berathung und Entscheidung mitwirken, sondern sie haben für die ihnen zugewiesenen Sachen stets einen schriftlichen Bericht, welcher das tatsächliche Material erschöpfend wiedergibt, zu erstatten und an diesen ein schriftliches Gutachten anzuknüpfen. Demnach ist es ihre Sache, die etwaigen, meist sehr umfangreichen Beweisverfügungen, in welche die regelmäßig recht komplizierten Beweisverhältnisse aufzunehmen sind, zu entwerfen, da die in das Sitzungsprotokoll aufgenommenen Beschlüsse sich darauf beschränken, daß „weiterer Beweis“ erhoben werden solle. Ebenso liegt den Hilfsrichtern die Abfertigung der Urtheile ob. Ferner haben sie die Prozeßleitung von Beendigung des Schriftenswechsels ab in allen ihnen zur Berichterstattung zugewiesenen Sachen, sowohl schon vor der ersten Verhandlung, als auch zwischen den einzelnen Verhandlungen. Diese prozeßleitende Thätigkeit ist, da in zahlreichen Sachen schon vor dem ersten Termine, sei es in Folge neuer Anführungen, sei es in Folge unzureichender Behandlung der Sache in den Vorinstanzen, umfassende Beweise zu erheben sind, eine sehr

umfangreiche und zeitraubende. Auch die Schwierigkeit der einzelnen Sachen ist im Laufe der Jahre gewachsen, da aus dem einzelnen Unfall in Folge des § 65 des Unfall-Vers.-Gesetzes vom 6. Juli 1884 immer wieder neue Rekluse sachen erwachsen, und das tatsächliche Material, welches bei diesen alten, schon mehrfach verhandelten Unfallssachen zu bewältigen ist, immer umfangreicher wird.

So ist die Mitwirkung für die Hilfsrichter immer zeitraubender geworden. Die tägliche Arbeitszeit, einschließlich der Sitzungen, ist zur Zeit bei mindestens 200 Spruchssachen, die jährlich auf jeden Hilfsrichter entfallen, auf mindestens 3 Stunden d. h. auf 21 Stunden wöchentlich zu schätzen; nicht eingearbeitete Richter brauchen, wenn sie die im Interesse der Sache gebotene Gründlichkeit anwenden wollen, noch mehr Zeit. Im Hauptamt wird auf diese „nebenamtliche“ Beschäftigung in keiner Weise Rücksicht genommen, vielmehr wird die letztere dem Einzelnen gegenüber vielfach als Argument gegen die bekannte Ueberbürdung der hiesigen Richter ins Feld geführt, so daß eine Erleichterung im Hauptamt für die Hilfsrichter des Reichsversicherungsamts nicht zu erzielen ist. In der That sind deshalb beide Thätigkeiten zur Zeit nur auf Kosten der Gesundheit zu vereinigen, und diese Vereinigung ist nur unter Vernachlässigung der durch die Familie und andere Interessen gebotenen Pflichten zu erzielen, da das hiesige Richterpensum, wenigstens beim Landgericht I, bei gründlicher Arbeit eine durchschnittliche Arbeitszeit von acht Stunden täglich erfordert. Die richterlichen Hilfskräfte des Reichsversicherungsamts scheiden deshalb vielfach nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aus und müssen durch neue Kräfte ersetzt werden, was für die Rechtspflege keineswegs gedeihlich ist, und viele, die das Nebenamt nicht aufgeben, werden hierzu lediglich dazu gezwungen, daß sie die Nebeneinnahme von 1000 Mark jährlich nicht missen können. Bei Fortdauer dieser Zustände wird es von Jahr zu Jahr schwerer werden, gerade die thätigen und aus wahren Interesse für dieses soziale Gebiet mitwirkenden Richter auf die Dauer an das Reichsversicherungsamt zu fesseln.

Um Wandel zu schaffen, müßten: a) die Hilfsrichter vermehrt (etwa verdoppelt) werden, wodurch freilich, um die nötige Zahl der Senate zu schaffen, auch eine Vermehrung der ständigen Verwaltungsmittelglieder des Reichsversicherungsamts bald geboten sein wird, wenn die Rekluse sachen auch ferner in gleicher Weise zunehmen und nicht durch die Gesetzgebung eingeschränkt werden; b) die schriftliche Bearbeitung der Sachen durchgängig lediglich den ständigen Verwaltungsmittelgliedern des Reichsversicherungsamts und deren Hilfsarbeitern (den dort beschäftigten Assessoren) übertragen werden; c) bei der preussischen Justizverwaltung darauf hingewirkt werden, daß die zur Mitwirkung beim Reichsversicherungsamt im Interesse eines der wichtigsten sozialen Gesetzgebungswerke berufenen Richter in ihrem Hauptamte entsprechende Erleichterung erfahren; d) die bisher gewährte Entschädigung von 1000 M. jährlich entsprechend erhöht werden, und zwar min-

destens auf das Doppelte, da, auch wenn die Arbeitszeit durch die Maßregel zu a) sich zunächst vermindert, ein Betrag von 1000 Mark keine angemessene Entschädigung bietet. (Ueber die Thätigkeit der „ordentlichen“ 4 oder 5 richterlichen Mitglieder, welche 1500 M. jährlich beziehen, angeblich aber weniger belastet sind, vermag ich kein Material zu bieten.)

So die uns zugegangene, nur allzubegreifliche Klage. Die Vermehrung der Richterstellen und ihre bessere Besoldung würden mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchzuführen sein; aber in Zeit und Zuständen, wo der preussische Justizminister Herrn Miquel jeden neuen und doch so notwendigen Richter förmlich abzutreiben hat, müssen die Uebelstände, die hier beklagt werden, wahrscheinlich noch schreiender werden, ehe sich ihrer die Staatskunst in Preußen, aber auch im Reiche, erbarnt.

Deutschland.

L. C. Berlin, 27. Dez. [Zur Silberfrage.] Graf Mirbach, der seiner Zeit die Berufung in die Silberkommission abgelehnt hat, weil nach seiner Ansicht die Kommission, welche lediglich praktische Vorschläge zur Lösung der Silberfrage zu entwerfen habe, nur aus Männern zusammengesetzt sein dürfe, welche auf dem Boden stehen, daß sie das Silber als vollwerthiges Münzmetall acceptiren, hat jetzt an sämtliche landwirthschaftliche Vereine ein Formular für Petitionen versendet, welche von der Regierung verlangen, daß sie mit Rücksicht auf den gesunkenen Getreidepreis die Initiative zur tatsächlichen Lösung der Silberfrage durch die schnellste Einberufung einer internationalen Konferenz ergreife. Eine Begründung dieser Forderung enthält die Petition nicht. Graf Mirbach ist also nicht gefonnen, der Mahnung des Schatzsekretärs Grafen Posadowsky zu entsprechen, der in seiner Schlussklärung in der Silberkonferenz bemerkt hat: „Die sachkundigen Herren, welche diesen Berathungen beige-wohnt haben, würden sich ein öffentliches Verdienst erwerben, wenn sie in den Kreisen ihres Einflusses dazu beitrügen, die Ueberzeugung von der Vielseitigkeit der Silberfrage und von den Schwierigkeiten ihrer praktischen Lösung zu verbreiten und damit auf deren sachliche und nüchterne Beurtheilung hinzuwirken.“ Für den Grafen Mirbach hat die Silberkommission vergeblich getagt.

Was den Kanzlerwechsel im März 1890 anbelangt, so führt die „Köln. Ztg.“ aus, daß die Ernennung Caprivis von Herrn v. Bütticher gegengezeichnet worden sei. In dieser Weise ordnungsmäßig bestellte Reichskanzler v. Capri hat jedoch die Kabinettsordre, mittelst deren Fürst Bismarck entlassen worden, gegengezeichnet. — Darnach muß es also in der Zeit zwischen der Ernennung des Herrn v. Capri und der Entlassung des Fürsten Bismarck zwei Reichskanzler gegeben haben. Je länger diese konstitutionellen Formfragen erörtert werden, desto mehr stellt sich die Unhaltbarkeit der ganzen gegenwärtigen Organisation der obersten Reichsbehörden heraus.

— Graf Herbert Bismarck hat, wie die „Berl. Neuezt. Nachr.“ mittheilen, bei seiner Rückkehr von Berlin in Berlin dem

Das militärische Jahr 1894

von Oberstleutnant a. D. E. G. ad.

[Nachdruck verboten.]

Es soll hier nicht unsere Aufgabe sein, aus den jüngsten mehr oder weniger regellosen Kämpfen amerikanischer und asiatischer Halbbarbaren Lehren zu ziehen, welche für die Kriegsführung höherer Kulturvölker nur von zweifelhaftem Werth bleiben würden, wenn in jenen Aktionen auch die modernsten Waffen und Heereseinrichtungen ihre Feuerprobe bestanden haben und bestehen. Wir wollen vielmehr eine kurze Rundschau über alle Veränderungen und Verbesserungen halten, die im verflochtenen Jahr in den Heeren der mit uns auf gleicher Kulturstufe stehenden Völker vorgenommen sind.

Ganz charakteristisch trat das einmüthige Bestreben aller Staatsleitungen hervor, ihre Armee, trotzdem die Kriegsgefahr wohl kaum je in größerer Ferne gerückt war, auf den höchsten Friedensstand zu bringen und mit den neuesten Errungenschaften der Technik auszustatten, soweit es die personellen und materiellen Mittel irgend gestatteten. Und darin stand keine Regierungsform, sei es Despotie, sei es Republik, sei es konstitutionelle Monarchie, hinter der andern zurück.

Eine unausgesetzte, gegenseitige Beobachtung aller Mächte kann man dabei als Regel annehmen, denn wenn auch nur 2 französische Offiziere zu Beginn des Jahres als überwiesene Spione auf der Festung Olatz gefangen worden, und ein französischer Hauptmann zum Schluß des Jahres als Hochverräter vor Gericht stand, so beweist dies nur, daß sich andere Agenten und Rundschaffer bei ihrem schwierigen Geschäfte nicht haben lassen.

Die wichtigste Verhärtung hat zweifellos das deutsche Reichsheer erfahren. Die am 1. Oktober 1893 neu formirten 173 Infanterie-Bataillone, oder vielmehr 516 Bataillone sind nach ihrer ersten Ausbildung 1894 im Herbst durch feierliche Verleihung der Fahnen in aller Form in den Verband des Heeres aufgenommen worden. Ob der vom obersten Kriegsherrn bei der Weihe der Fahnen in schwungvollen Worten geäußerte Wunsch, die 516

Bataillone möchten bald 501 Bataillone werden, eine praktische Bedeutung hat, steht dahin. Jedenfalls haben diese Halbbataillone, die im Kriege sicher ihren Mann stehen werden, die Armee von dem minderwertigen dritten Jahrgang befreit und eine kriegstüchtige Ausbildung der Infanterie in 3 1/2 jähriger Dienstzeit ermöglicht.

Diese 173 Bataillone steigern die Zahl der deutschen Bataillone auf 589, denen 566 französische, allerdings mit einem um 40 Mann pro Kompagnie geringeren Friedensstande, entgegenstehen. Mitin kann von einer Ueberlegenheit auf französischer Seite nicht mehr die Rede sein, wozu kommt, daß Frankreich erst noch in seine Organisation hineinzuwachsen muß, während Deutschland seinen kriegstüchtigen Nachwuchs noch immer nicht voll zum Kampfbienstand heranzieht. Die Anstrengung Frankreichs, auch in der Zahl seiner Armeekorps, mit deren 20, Deutschlands gleich zu kommen, was durch Theilung des starken an der Ostgrenze stehenden 6. Korps geschehen soll, ist im Jahre 1894 noch nicht zum Ziel gelangt.

In Rußland ist 1894 durch die Bildung von 15 neuen Reserve-Infanterie-Brigaden deren Zahl auf 65 gebracht, und dadurch eine Formation von größter Bedeutung abgeschlossen. Der Ersatz dieser Reservetruppen ist der gleiche wie der der Vorkämpfer, nur garnisoniren die ersten im Osten und Süden des Landes, während die letzteren in den westlichen Landestheilen in nunmehr 13 Korps angehäuft sind. Jede Reserve-Brigade besteht aus 4 Reserve-Bataillonen zu je 6 Kompagnien und bildet im Kriege eine Division. Zu Kommandeuren dieser Truppenteile werden besonders tüchtige Generale ausgewählt, was die ihnen beilegende Wichtigkeit beweist.

Im österreichisch-ungarischen Heere hat 1894 nur die Feldartillerie eine durchgreifende Umformung betroffen. Unter Neubildung von 14 fahrenden Batterien hat jetzt jedes der 15 Armeekorps (das 15. ausgenommen) eine Artillerie-Brigade von 1 Korps-Artillerie- und 3 Divisions-Artillerie-Regimenten, mit unregelmäßigen Buteilungen von reitender und Gebirgs-Artillerie. Jedes Regiment zählt 4 Batterien, mit 4 Geschützen im Frieden

und 8 Geschützen im Kriege. Durch diese Formation ist der Zerreißen der Regimentverbände im Kriege vorgebeugt.

In der Schweiz hat 1894 eine sehr umfassende Heeresumformung zur Verthaltung gestanden, welche das seit 20 Jahren alte Bundesgesetz behufs innerer Kräftigung der Eidgenössischen Wehrkraft sehr abändern wird. Es handelt sich dabei weniger um Erhöhung der Kopfzahl, denn der Vollbestand des „Miles“ erreichenden „Ausgus“ soll nur von ca. 104 000 auf 119 000 Mann steigen, sondern vielmehr um eine feste Organisation, welche, verbunden mit Vermehrung und Verbesserung von Artillerie und Kavallerie, reichlicher Aufstellung von Spezialtruppen, nebst zweckmäßiger Anordnung der als Reserve, Landwehr und Gardium verfügbaren Mannschaften die Wehrfrage in der Schweiz viel mehr im Sinne des stehenden Heeres als in dem einer Miliz lösen wird.

In England, sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat man auch im vergangenen Jahre die schwachen Wehrheere durch frammere Disziplinierung der Miliztruppen zu stärken gesucht. Ob der von dem amerikanischen Oberbefehlshaber General Schofield dem Kongress jüngst vorgelegte Plan zur Verdoppelung des stehenden Heeres von 25 000 auf 50 000 Mann, durchbringen wird, ist die Frage.

Die Umgestaltung des britischen Heeres in Ostindien wird vor sich gehen.

In der Bemaffung der Infanterie ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Wenn auch erkannt ist, daß das Gewehr von 8 Millimeter Kaliber durch ein Gewehr von kleinerem Kaliber von etwa 6,5 Millimeter bereits überholt ist, hat sich doch keine Macht, die bereits im Besitz eines kleinkalibrigen Gewehres war, zum Ersatz durch ein noch zeitgemäheres Modell entschlossen. Daß Staaten, die mit der Neubemaffung der Infanterie noch im Rückstande waren, wie Italien, Spanien, Schweden und Norwegen, Rumänien, Belgien, Chile, die Vereinigten Staaten, gleich von vornherein ein 6,5 Millimeter-Gewehr einführen konnten, ist natürlich ein Vortheil. Immerhin ist nicht rathsam, im Besitz eines Gewehres von etwas kleinerem Kaliber eine große Ueberlegenheit träumen zu wollen. Wenn Rußland z. B. auch erst 1896

Reichskanzler Fürst Bismarck einen Besuch abgestattet, um ihm den Dank des Fürsten Bismarck und seiner Familie für die erwiesene Theilnahme auszusprechen.

Der etatsmäßige Zuschuß für die Militär-Wittwenkasse ist im laufenden Rechnungsjahre mit 2135208 Mark ausgeworfen, für 1895/96 jedoch um 59320 M., auf 2194528 M. erhöht worden. Für Pensionen ist eine Ausgabe von 3544424 M., für zurückzahlende Antrittsgelder sind 700 M., für Bureaukosten u. 2224 M. zu veranschlagen, also eine Gesamtausgabe der Militär-Wittwenkassen von 3547348 M. Dieser stehen an eigenen Einnahmen der Kasse gegenüber 125504 M. Zinsen von Kapitalvermögen, 25240 M. Zinsen von Antrittsgeldern, welche ältere Wittwenkassen-Mitglieder in Wechseln hinterlegt haben, 1198740 M. Beiträge der Mitglieder, und 3336 M. vermischte Einnahmen, zusammen also 2194328 M. Bei der Berechnung dieser Ansätze ist, soweit es angängig war, das Durchschnittsergebnis der Rechnungsabschlüsse der letzten 3 Jahre (1891, 1892 und 1893) zu Grunde gelegt. Die Nothwendigkeit der Erhöhung des Zuschusses beruht hauptsächlich darauf, daß die Zahl der Mitglieder der (für Neuaufnahmen geschlossenen) Wittwenanstalten und damit die Einnahme an Beiträgen und Wechselzinsen stetig zurückgeht, während die Zahl der Wittwen und damit die Ausgabe an Pensionen zur Zeit noch im Steigen begriffen ist.

Ein Interview von Rudolf Birchow veröffentlicht der Berliner Korrespondent des Pariser „Matin“, zu welchem Birchow sich über die Umstrukturierung der Reichswehr äußert. Birchow hielt es nach der Mittheilung, die der Korrespondent von dem Interviewer giebt, für ausgeschlossen, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form Gesetz werde. Die Umstrukturierung werde durch nichts gerechtfertigt und sei ebenso unnütz als gefährlich. Es sei in der letzten Zeit nichts passiert, was den Vorwand hätte geben können, den Gesetzgebungsapparat gegen die Umstrukturierung in Bewegung zu setzen. Gefährlich sei das Gesetz, weil es durch die elastische Unbestimmtheit seiner Paragraphen eine über den Köpfen aller Parteien schwebende Forderung sei und deren freie Bewegung ohne jeden Nutzen und zum Schaden aller stören würde. Zu glauben, daß ein solches Gesetz wie durch Zauber den Aufschwung der sozialdemokratischen Partei hemmen würde, wäre nach den gemachten Erfahrungen mehr als naiv. Dem Reichstag ein solches Gesetz vorzulegen, zeuge von einer sehr großen Verleumdung der öffentlichen Meinung. Je mehr man gegen die Sozialdemokratie Gesetze mache, um so mehr verstärke man ihre Widerstandskraft.

Gegen die Einfuhr gefrorenen Fleisches aus Australien hat sich jetzt Minister Dr. Boile aus Gesundheitsgründen entschieden. Die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen hat in Uebereinstimmung mit der technischen Deputation für das Veterinärwesen ihr Gutachten abgegeben, daß durch das Gefrierenlassen des Fleisches für den überseeischen Transport die dem Fleisch unter Umständen anhaftenden Schädlichkeiten für Menschen und Thiere der Regel nach nicht beseitigt werden. Es ist daher an die Hafenaufsichtsbehörden bereits die Verfügung ergangen, geeignete Maßregeln gegen die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Australien und aus dem Auslande überhaupt in Erwägung zu ziehen.

In Sachen der Oberfeuerwerkserlöser wird der „Saale. Ztg.“ berichtet, daß das höchste Strafmaß, auf welches das Kriegsgericht erkannt habe, auf 9 Monate (als nicht, wie leichtin gemeldet, 5 Jahre) festgesetzt worden. Die Befandgabe des Untersuchungsgerichtes soll nach der „Nordb. Allg. Ztg.“, wie mitgetheilt, in kurzer Zeit erfolgen. Bei Besprechung der Vorgänge ist in unserem Blatte — und auch in anderen Zeitungen — der Kürze halber mehrmals von „Oberfeuerwerkern“ die Rede; natürlich handelt es sich, wie dies auch wiederholt ausdrücklich bemerkt, nur um „Oberfeuerwerkserlöser“, da Advantur dieser Charge an dem erwähnten Vorfall ja nicht betheiligt waren.

vollständig mit dem neuen Dreilinten-Gewehr (7.61 Millimeter) versehen sein soll, so wird es sich im Nothfall schwerlich einen Augenblick befinden, auch mit seinem alten Verband-Gewehr von 11 Millimeter den Kampf aufzunehmen, ebenso wie seine Infanterie-Bewaffnung 1877/78 sehr minderwerthig im Vergleich zu der der Türken war.

Den Türken sucht es jetzt eine neue französische Munitionserlass-Ordnung im Nachführen von Gewehrpatronen nachzutun.

Die Legende von der „humanen“ Geschosswirkung der neuen Handfeuerwaffen ist durch den Vortrag des holl. preussischen Obernabsatzes Dr. Schjerming auf dem internationalen Aerzte-Kongreß im Frühjahr 1894 zu Rom gründlich zerstört worden. Auch alle späteren Versuche bestätigen die dort behauptete furchtbare Verwundungsfähigkeit der kleinkalibrigen Projektilen.

Daß nun der viel besprochene „Dome“ sche Panzer nicht allein einen Schuß aus nächster Entfernung aushält, sondern auch die ungemein große lebendige Kraft des Geschosses aufzuheben scheint, ist um so erstaunlicher, als jede verlorene Kugel eines neuen Gewehres noch auf 2000–3000 Meter Schußweite ihren Mann durchbohrt und umwirft. Leider ist der Dome'sche Panzer seiner Schwere wegen von jeder selbstkriegsmäßigen Bedeutung ausgeschlossen.

Sehr befriedigend sind die Versuche im deutschen Heere zur Erleichterung der schweremännlichen Ausrüstung des Infanteristen ausgefallen. Es steht eine Ermäßigung des Gewichtes von 34 kg auf 26 kg, und zwar ohne vorgeschlagene radikale Aenderungen, die z. B. die deutsche Ausrüstung der russischen nähern würde, in Aussicht. Die Erleichterung wird hauptsächlich durch Herabsetzung der Zahl der zu tragenden Patronen (120 statt 150), Verringerung der schweren Portion um einen Tagesbedarf, Verringerung des tragbaren Schanzzeuges auf 50 Stüd pro Kompagnie, Verwendung von Aluminium (Helmbeschläge, Trint- und Kochgeschirr u.), Einschränkung des Fußzeuges und geringfügige Aenderungen in Schnitt und Material der Bekleidungsstücke erreicht. Besonders beachtenswerth ist die leichte Verarbeitbarkeit des Tornisterbedeckels mit der schweren Portion, bestehend aus Munition, Zwieback und Fleischbrot. Gemüse-Konserve, von dem gepackten „Affe“. Dieser Dedel in Verbindung mit dem Mantel, dem Kochgeschirr und der Feldbahn, alles zusammen etwa 12.5 kg schwer, bildet das „Sturmgepäck“, zu dem statt des Helmes die Feldmütze tritt.

Die neuen Schulterknäure als Schützenabzeichen sind sehr praktisch, da sie im Gefecht die guten Schützen, bezw. Richtmännern der Artillerie für jedermann leicht erkennbar machen. Wenn der Ersatz der Leibschärpe der Offiziere durch einen silbernen Leibgürtel, der Feldscheiter und Revolver trägt, ganz zweckmäßig erscheint, so fällt immerhin ein Erkennungszeichen für den Offizier vom „Tagesdienst“ dadurch fort. Den Adjutanten die Schulterknäure zu belassen, möchte sich jedenfalls empfehlen.

Das Gesicht des deutschen Kaisers von Bismarck an sein erstes Garderegiment und die Alexander-Grenadiere — wohl als Aufmerksamkeit für deren Chef, den verstorbenen Jar — hat selbstverständlich keine kriegsmäßige Bedeutung.

Zur Reichstagsersatzwahl in Dieklo-Vyd-Johannsburg will an Stelle des verstorbenen Regierungs-Präsidenten Steinmann der Oberpräsident Graf Stolberg kandidieren. Das paßt aber den Konserativen nicht, weil Graf Stolberg zur Regierung des Grafen Caprivi in einem freundlichen Verhältnis gestanden und den russischen Handelsvertrag befristet hat. Den „Berl. Neuest. Nachr.“ schreibt man daher aus konserverativen Kreisen, daß die agrarischen Wähler nicht leicht zu bestimmen sein würden, dem Grafen Stolberg ihr Vertrauen zuzuwenden.

Der ehemalige nationalliberale Landtags-Abgeordnete für den hmburgischen Wahlkreis Gifhorn-Isenhagen, Gutbesitzer Georg Lübbeke in Gameln bei Gifhorn ist am Mittwoch im 86. Lebensjahre verstorben.

Rußland und Polen.

A Petersburg, 24. Dez. [Original-Bericht der „Pol. Ztg.“] Die polnische Frage kommt in den Blättern noch nicht zur Ruhe. Der „Grashbanin“ erörtert eine Reformidee, die auch der Regierung genehm zu sein scheint. Das Blatt meint, daß die Polen zur Annäherung an den russischen Staat sehr wohl gewonnen werden können, nur müsse man sie richtig behandeln. Die Erreichung dieses Zieles und Befolgung dieser Aufgabe verlange keine Denationalisierung und berühre nicht das religiöse Gebiet. Es müsse nur die Liebe zum Monarchen erweckt werden; alles müsse geschehen, um das zu erzielen, dagegen sei alles zu vermeiden, was eine Erbitterung gegen die Regierungsgewalt hervorbringe und eine aufrichtige Liebe zum Monarchen nicht aufkommen lasse. Man will also thatsächlich der Polenpolitik eine andere Richtung geben. — Wie finnländische Blätter melden, stehen in der finnländischen Heeresverwaltung bedeutende Veränderungen bevor. Ebenso wie in Polen wird auch in Finnland der Posten eines Generalgouverneurs von dem eines Oberbefehlshabers der Truppen getrennt. Die finnländischen Bataillone werden in zwei Brigaden eingetheilt und ein Obermilitärgericht wird organisiert, das ständig bleiben soll. — Der Kaiser hat einem Petersburger lutherischen Geistlichen gegenüber bemerkt, daß er zur Verfolgung der lutherischen Geistlichkeit und Kirche sich nicht verstehen werde. Der Kaiser bewies schon Toleranz dadurch, daß er zu seiner Trauung zwei lutherische Geistliche heranzog, die nach dem kirchlichen Akt durch Ansprachen, namentlich seitens der Kaiserin ausgezeichnet wurden. Ehemals wurden lutherische Geistliche nicht für werth gehalten, bei kirchlichen Akten am Hofe gegenwärtig zu sein. — Die Berliner „Tägliche Rundschau“ wurde für Rußland verboten. Ein Rigasches deutsches Blatt heißt diese Maßregel insofern gut, als die „Tägliche Rundschau“ sehr unrichtig die Interessen der russischen Deutschen verfochten und unvorteilhaft für die Deutschen eingetreten sei. — Der Finanzminister stellt die Aussichten des russischen Getreideexports in der gegenwärtigen Kampagne als sehr günstig dar. Da in den Vereinigten Staaten und in Rumänien, welche beide Länder gewöhnlich die westeuropäischen Märkte mit Mais und Gerste versorgen, eine Mißernte in diesen Getreidearten zu verzeichnen sei, könne Rußland daher auf einen Absatz von Mais und Gerste in Frankreich und England rechnen; desgleichen auf guten Absatz von Roggen und Weizen in Deutschland, Holland, Belgien und Skandinavien, da die Märkte dieser Länder infolge der Mißernte in Deutschland im Frühling dem russischen

Getreide offen stehen würden. Außerdem leide der Konkurrent Rußlands, Oesterreich-Ungarn, wegen einer schlechten Ernte in diesem Jahr Mangel an Weizen. In diesem Falle könnten die sehr nothleidenden russischen Landwirthe etwas aufathmen. — In den maßgebenden Kreisen soll die Frage angeregt worden sein, die Vollmachten der Landhaupteute namentlich auf dem Gerichtsgebiet einzuschränken. — In Moskau gewinnt der Gedanke immer mehr Boden, das Denkmal für Alexander III. in Gestalt einer Kirche zu errichten. Als Platz habe man dabei die Stelle in Kreml ins Auge gefaßt, die dem Minin- und Posharski-Denkmal gegenüberliegt. — Die alte Frage der Verbindung des Dnjepr mit der Düna ist wieder aufgetaucht. Gegenwärtig hat sich eine Gesellschaft von Kapitalisten, größtentheils Ausländer, zusammengefaßt, welche die Verwirklichung des großartigen Projektes übernehmen will. Der Vorschlag wird von einer Regierungskommission berathen werden.

Militärisches.

Im Etatsjahr 1895/96 werden zu den Uebungen der Reserve und Landwehr eingezogen: von der Infanterie 122000 Mann, von den Jägern 27000 Mann, von der Feldartillerie beziehungsweise der Kavallerie 10000 Mann, von der Fußartillerie 5000 Mann, von den Bionieren 3000 Mann. Diese Truppen haben 14 Tage zu üben. Ferner sind einzuziehen für die Eisenbahnabtheilung 900 Mann der Reserve auf 28 Tage und 600 Mann der Landwehr auf 12 Tage, 20 Unteroffiziere der Reserve der Luftschiffer-Abtheilung haben 30 Tage zu üben; für den Train werden insgesamt 5965 Mann eingezogen und zwar 4060 Mann nach Beendigung der Herbstübungen auf 14 Tage und 905 Mann auf 20 Tage im Mai; endlich sollen zur Bildung von Sanitäts-Delegations auf 12 bzw. 13 Tage 1000 Mann ausgehoben werden.

— Berlin, 27. Dezember. General-Lieutenant v. Blumröder, Kommandant des Berliner Invalidenhauses, ist, wie bereits gemeldet, am 27. d. früh nach kurzem Krankenlager verstorben. Ludwig Thilo Adolf v. Blumröder, am 6. Januar 1819 zu Sonderhausen geboren, trat, wie die „Kreuzzeitg.“ meldet, am 7. April 1837 im damaligen 32. Infanterie-Regiment auf Beförderung ein, wurde im September 1839 zum Sekonde-Lieutenant ernannt, war von 1844 bis 1851 Bataillons-Adjutant, wurde im April 1856 zum Hauptmann 3. Klasse befördert, war vom Mai 1857 bis September 1858 als Kompagnieführer bei dem 4. kombinierten Reserve-Bataillon kommandirt, wurde im April 1866 zum Kompagniechef ernannt und am 18. April 1865 unter Beförderung in das 1. Niedersächsische Infanterie-Regiment Nr. 43 versetzt. Im April 1866 abermals als Kommandeur des Füsilier-Bataillons in das 6. Brandenburg. Inf.-Reg. Nr. 52 versetzt, wurde er am 22. März 1868 zum Oberst-Lieutenant befördert, für die Dauer des mobilen Verhältnisses am 18. Juli 1870 zum Kommandeur des 3. Rhein. Inf.-Regiments Nr. 29 ernannt, am 18. August 1870 bei Gravelotte schwer verwundet, am 18. Februar 1871 zum Oberst befördert, am 20. Juni 1871 zu den Offizieren von der Armee versetzt, am 17. April 1875 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches als General-Major zur Disposition gestellt, am 30. April 1878 zum Kommandanten des Invalidenhauses zu Berlin ernannt und ihm am 6. Dezember 1883 der Charakter als General-Lieutenant verliehen. Der General der Infanterie v. Grolman, Gouverneur des Invalidenhauses, widmet dem Verstorbenen im Namen des Offizier-Korps des Invalidenhauses einen Nachruf, in dem es heißt: „Am 18. August 1870 bei Gravelotte als Kommandeur des 3. Rhein. Infanterie-Regiments Nr. 29 schwer verwundet, hat er jahrelange Leiden mit großer Energie und Geduld ertragen. Von echt ritterlichem Charakter, großer Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, bewährt im Kriege wie im Frieden, hat er sich durch Wohlwollen und Herzensgüte auch hier die allgemeine Achtung und Liebe erworben. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden.“

nun Deutschland, vorläufig versuchsweise mit gezogenen 12 Cm.-Feldhaubitzen gefolgt ist.

Ein Vorschlag, Feldgeschütze zum Schutze der Bedienung mit Domeschen Panzerkugeln zu versehen, mußte zurückgewiesen werden. Leichtere und schwere Panzergeschütze sind für den Stellungskrieg gut, für den beweglichen Feldkampf dagegen verwerflich. Die phantastische Erfindung des Franzosen Turpin, eine Alles vernichtende Rakete fabelhaft, ist seiner näheren Erörterung werth.

Auf dem weiteren Gebiete der zahlreichen Kriegs-Hilfsmittel, die bei ihrer Einführung mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet wurden, haben sich so manche im letzten Jahre wesentlich in ihrem Ansehen befestigt. Sehr schöne Erfolge haben alle Luftschiffer-Abtheilungen mit Fesselballons und auch freischwebende Luftschiffer erzielt; nur mit der Lenkbarkeit will es nicht voran. Die neu aufgetauchte Wellner'sche Segelrad-Flugmaschine ist von der Kriegsbrauchbarkeit noch himmelweit entfernt. Das Fahrrad hat sich dagegen in allen Armeen eingebürgert. Wenn in einzelnen Ländern, z. B. in England, vorgeschlagen wird, feldtunnele zu formiren, so geht dies wohl zu weit. Dergleichen Formationen lassen sich aber gewiß vorkommenden Falls improvisiren, wie man z. B. früher gelegentlich Infanterie auf Bitterwagen geföhrt hat. Auch Vließtauben und Kriegshunde haben die besten Fortschritte aufzuweisen.

Unter den Truppenübungen, die sonst im Jahre 1894 in gewohnter Weise verlaufen sind, treten charakteristisch die zahlreichen Dauerritte von berittenen Offizieren und Reitertruppen hervor. Die deutschen Felddienstellungen sind zum erstenmal nach der neuen Felddienstordnung für das Reichsheer ausgeführt. Eine große Festungsübungsübung hat unter General Sautter zu Paris stattgefunden, im Vergleich zu welcher das recht staltliche deutsche Festungsmanöver zu Thorn in den Schatten tritt.

Am Jahr aus Jahr ein für Truppenübungen aller Art immer mehr eigenes Gelände zur Verfügung zu erhalten, hat das preussische Kriegsministerium 1894 einen neuen großen Truppenübungsplatz bei Eisenborn in der Eifel geschaffen, wie solche die heutigen Verhältnisse ganz unabweisbar machen.

In Deutschland sind Vorlesungen getroffen, daß die Segnungen der Kriegs-Akademie später 400 statt 300 Zöglingen werden zu Theil werden, wie auch in Rußland die Generalschule-Akademie umgeformt ist. In Frankreich plante man auch eine Umbildung der Schule von St. Cyr, und hat sogar Schulen für Reserve-Offiziere eröffnet.

Mit großer Freude ist vom deutschen Heere die neue militärische Beschwerde-Ordnung begrüßt worden, welche auch in dieser Hinsicht den Hauptmann zum berufenen Vertreter des gemeinen Mannes gemacht hat.

So ist das Jahr 1894 als ein Jahr des bewaffneten Friedens vergangen. Es werden weitere Friedensjahre folgen, wenn die Wölfe bedenken, daß sich der Frieden nie erlösen, sondern nur gebieten läßt.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt. 27. Dez. Die drei Brüder Erpel, denen der Tod des Wächters Ziegler zur Last fällt, sind vor kurzer Zeit von Arbeitern auf dem Müggelsee gerettet worden. Bei einem Sturm befanden sich die drei Verbrecher mit einem mit Steinen beladenen Fahrzeuge auf dem genannten Gewässer. Das Schiff strandete in der Höhe der Försterei Wenden, und Arbeiter der Wasserwerke retteten die drei Schiffer. Hundert Mark Belohnung sind jetzt für die Auffindung von Otto Erpel, Richard Erpel und Franz Wöber ausgesetzt worden. Die Belohnung wird auch dann gewährt, wenn auch nur einer der Gesuchten gefasst wird. Die Behörde hat die Nachforschungen auch auf alle hier und in der Umgegend anfindenden Fahrzeuge ausgedehnt.

Verbrannt. Als am Sonnabend die 61 Jahre alte Frau eines Oberlehrers Fr. in Charlottenburg in ihre Küche trat, brach unter ihren Füßen die Dielung und sie geriet mit dem Unterkörper in ein Flammenmeer. Ohne daß es Jemand bemerkt hatte, war ein Feuer unter dem Fußboden der Küche entzündet, das zwischen der Decke der unteren Etage und der Dielung der Küche so zerstörend gewirkt hatte, daß die Fädelung Frau Fr. nicht mehr tragen konnte. Die Dame wurde zwar durch ihren Sohn aus ihrer entsetzten Lage befreit, ist aber in Folge der erlittenen Brandwunden bereits gestorben.

† Frau Liebknecht gegen Bebel's „Frau“. Das „Neue Wiener Journ.“ hat an eine Reihe von Frauen eine Umfrage gerichtet, was sie über die Ehe denken. Unter anderen ist auch von Frau Natalie Liebknecht eine Erwiderung eingegangen, welche in ihrem Gegenstand steht zu den Ansichten, die in Bebel's „Frau“ über die Ehe ausgesprochen werden. Frau Liebknecht erklärt die Ehe für ein naturnotwendiges Verhältnis und die unerschütterliche Grundlage einer vernünftigen Gesellschaftsordnung, die nur durch den wirtschaftlichen Druck häufiger verflümmert werde. Was wird Herr Bebel dazu sagen?

† Willstätters neue Operette. „Der Probefuß“ erlebte am Sonnabend bei ihrer ersten Aufführung im Theater an der Wien einen großen Erfolg. Die „Neue Fr. Pr.“ schreibt: Willstätter hat seit dem „Jonathan“ keine so frischen Melodien erfunden, die Brettkritiken haben schon lange nichts so Heiteres und Geistesprägnantes für die Bühne geschaffen, Komponist und Autoren ergänzten einander.

† Johann Strauß, der „Wiener Walzerkönig“, der gelegentlich seines vielbesprochenen Jubiläums im vor. Herbst so viel Beweise der großen Volksbeliebtheit seiner Musik empfing, hat einen neuen Walzer komponiert und der „Gartenlaube“ gewidmet. Die „Gartenlaube“, das in der ganzen Welt verbreitete, nicht minder volkstümliche Familienblatt, bietet den prächtigen „Gartenlaube-Walzer von Strauß“ für Klavier ihren Abonnenten gratis als künstlerisch ausgestattete Extrablatt zum Beginn des neuen Jahres.

† Vom Kirchthurm herabgestürzt. Am Nachmittag des 23. d. Mts. um 1/5 Uhr schlich sich ein etwa 18-jähriger junger Mann in den Thurm der St. Bartholomäuskirche zu Witten, gelangte bis zur Glockenstube, riss dort das Gitter auf und stürzte sich aus der 50 Meter betragenden Höhe auf Straßenpflaster. Hier blieb er mit zerstückelten Gliedern liegen. Ueber die Person des Selbstmörders ist bisher nichts bekannt.

Polnisches.

g. Breslau, 27. Dez. [II. Parteitag der polnischen Sozialdemokraten.] An den beiden Weihnachtsfeiertagen hielten, wie bereits kurz erwähnt, die polnischen Sozialdemokraten in der Villa Liebig an der Rosenthaler Chaussee ihren zweiten Parteitag ab. Derselbe wurde von dem Einberuher, Przemieniecki, eröffnet. Der Saal war bekränzt und im Hintergrund stand die Büste Vassalles. Der sozialdemokratische Gesangsverein trug zur Begrüßung der Genossen den Sozialistenmarsch vor. Anwesend waren der Vorstand der polnischen Sozialdemokratie, der seinen Sitz in Berlin hat, und 25 Delegirte. Herr Verfus vom Parteivorstand wurde zum Vorsitzenden gewählt. Zuerst sprach der Delegirte für Krakau, Dr. Leser, der die Verhältnisse der polnischen Arbeiter in Oesterreich darlegte. Wenn auch die polnische Sozialdemokratie ihre Selbstständigkeit bewahren wolle, so nehme sie doch den regsten Antheil an der Wahlrechtsbewegung in Oesterreich, wie überhaupt an allen gemeinsamen, die Sozialdemokratie berührenden Fragen. — Der Verleger der „Gazeta robotnicza“, Marowski, erstattete den Bericht über die Thätigkeit derselben; die Zahl ihrer Abonnenten sei auf 1260 gestiegen. Der Kassirer berichtete alsdann über den Kassenbestand. Die Einnahmen vom 1. September 1893 bis 1. Dezember 1894 betrugen 7217,96, die Ausgaben dagegen 7229,59 M., so daß ein Minus von 11,63 M. vorhanden ist.

Bei dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung: Plan und Mittel der Agitation für die Zukunft, wird von den oberösterreichischen und böhmischen Delegirten sehr über die Schwierigkeiten geklagt, denen die polnischen Kolportage und Agitation ausgesetzt seien; dies hätte auch zur Folge, daß die Folge unbedeutend zu nennen seien; auch unter den Bergarbeitern sei die Auffassung durchaus nicht in genügender Weise fortgeschritten. — Ein Redner hält die Kolportage und Vertrauensmänner für nicht ganz zuverlässig und wünscht, daß man für die Folge vorsichtiger sein solle. — Ein anderer Redner plaidirte dafür, in den polnischen Distrikten durch private Besuche, Flugblätter und Broschüren die Arbeiter für die sozialistischen Ideen zu gewinnen. — Przemieniecki verlangt, daß man sich der Breslauer Organisation anschließen solle, die sich bis Oberschlesien erstreckt. — Andere Redner verlangen, daß man die polnischen Arbeiter mehr gewerkschaftlich organisiren solle, weil sie da viel eher zum Anschluß an die Organisation zu haben wären. Von anderer Seite wurde diese Ansicht bekämpft, indem man meinte, daß nur der politisch gereifte Mann sich gewerkschaftlich entfalten könnte. — Dr. Leser-Krakau erklärte die Organisation in Oesterreich; er sei für das Vertrauensmännerthum; doch sollen die Namen der Vertrauensmänner möglichst geheim gehalten werden. In Oesterreich-Schlesien seien die polnischen Arbeiter politisch schon vorgeschritten; man solle mit ihnen Fühlung nehmen. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, in allen Ortschaften Vertrauensmänner zu wählen, deren Namen aber, wenn es die Umstände erheischen, geheim bleiben sollen.

Des Weiteren wurde bezüglich der Feier des 1. Mai beschlossen, an diesem Tage, soweit wirtschaftliche Schädigungen nicht zu befürchten seien, die Arbeit einzustellen. — Dem Parteivorstand soll die Pflicht auferlegt werden, zu ermitteln, wo und wie viele polnische Arbeiter in deutschen Gegenden arbeiten, um durch Zeitungen, Flugblätter und Broschüren nützlichen wirken zu können. — Salinski-Samburg will die Agitation in den östlichen Provinzen mehr unter der Landbevölkerung betreiben lassen, welcher Antrag auch angenommen wurde. An jedem deutschen Sozialistentage soll ein polnischer Genosse teilnehmen, um Bericht über die polnische Arbeiterbewegung zu erstatten.

Der zweite Sitzungstag, am 26. Dezember, füllte ganz die Besprechung über die Verlegung der in Berlin erscheinenden polnischen Arbeiter-Zeitung „Gazeta robotnicza.“ Vorher ging das bereits mitgetheilte Intermezzo mit der Verhaftung des Dr. Leser, von der der Vorsitzende der Versammlung

Kenntniß gab. Der Antrag auf Verlegung der Zeitung nach Posen ging von den Posener Delegirten aus und wurde damit begründet, daß in der Provinz Posen gegen die Sozialdemokratie in maßloser Weise von den dort tonangebenden Klassen vorgegangen werde, und daß dieselbe ein Gegenband ausgeübt werden müsse. Von verschiedenen Rednern wurde das zugegeben, aber man fürchte, daß der richtige Zeitpunkt für die Verlegung der Zeitung noch nicht da sei; man solle noch lieber ein Jahr warten, um den Boden besser bearbeiten zu können. Ein oberösterreichischer Delegirter ist dafür, die „Gazeta robotnicza“ lieber nach Oberschlesien zu verlegen, da dort ihre Verbreitung vermög der vielen Industriebedriebe mehr Aussicht habe. — Ein anderer begehrt, die Arbeiter-Zeitung in ein Fachorgan umzuwandeln, was indessen verworfen wird. — Nach weiteren Erörterungen über dieses Thema wurde schließlich der Parteivorstand ermächtigt, zu jeder Zeit die „Gazeta robotnicza“ dahin zu verlegen, wo sie die beste Aussicht auf die größte Verbreitung habe. — Es wurde dann über die Haltung des Blattes beraten, und man erklärte sich dafür, daß es vor allem politisch aufklärend wirken und möglichst erweitert werden soll. An dem Orte, wo es erscheint, soll ein Preis-Komitee gebildet werden; doch dürfen die Parteivorstände zur Verwaltung der Zeitung nicht gehören.

Der nächste Parteitag der polnischen Sozialdemokraten soll Anfang Jan. 1896 abgehalten werden; den Ort hat der Vorstand zu bestimmen.

Pofales.

Posen, 28. Dezember.

* **Einem Johanniter-Rittertag** hat der Kommandator der Posenschen Genossenschaft des St. Johanniterordens, Oberpräsident Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf, auswärtigen Blättern zufolge auf den 5. f. M. in seiner Wohnung in Posen anberaumt. In den Rittersaal wird sich ein gemeinsames Mittagmahl im Hotel Wyltus anschließen.

z. **Der Telephon-Anschluß** der Polizei-Direktion mit dem 7. Polizei-Revier in Jertitz ist gestern erfolgt.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* **Ratibor, 27. Dez.** [Eine grauenvolle Bluthat] wurde am heiligen Abend in der Nähe der Stadt verübt. Auf der Chaussee zwischen dem Ausflugsort Domshöh und der Stadt wurde ein Kutscher der Speditionsfirma Cohn hieselbst, der mit einem beladenen Frachtwagen von Ratibor zurückkehrte, ermordet. Die Leiche blieb auf dem Wagen. Die Pferde langten in der siebenten Stunde mit dem Wagen hier an und blieben, schweißbedeckt und abgetrieben, auf der Jungfernsstraße, einer Nebenstraße des Ringes, stehen. Man hielt zunächst den unbeweglich liegenden Kutscher für betrunken. Der Wagen wurde deshalb von einem fremden Kutscher nach dem Grundstück der Speditionsfirma Cohn gelenkt. Dort wurde festgestellt, daß der Kutscher des Wagens stark beblutet und seine Hände eiskalt waren. Das Gefährt wurde nun sofort zum Krankenhaus gelenkt, wo ärztlicherseits der Tod des Kutschers festgestellt wurde. Die Leiche wies am Kopfe schwere Verletzungen, die augenscheinlich von einem Schlagwerkzeug herührten, und Stichwunden auf. Auf der Chaussee zwischen Domshöh und der Stadt wurde neben einer Blutlache die Leiche des Ermordeten gefunden. Es liegt ein Raubmord vor; dem Ermordeten wurden nach den bisherigen Ermittlungen etwa 35 Mark abgenommen. Der Ermordete hieß Peter Jaschalski, stand im achtundzwanzigsten Lebensjahre und hinterließ eine Frau und drei Kinder; die Frau steht ihrer Entbindung entgegen. Für die Ermittlung des oder der Mörder hat der Erste Staatsanwalt eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt. — Von anderer Seite wird noch berichtet: Bei der Veranbarung der Leiche scheint der Mörder gestört worden zu sein, denn er ließ die silberne Uhr in der Tasche des Ermordeten zurück. Der Mord wurde kurz vor dem Weichhilde der Stadt verübt, denn als das Fuhrwerk die zwei Kilometer vor der Stadt gelegene Chausseegeldhebestelle „Domshöh“ passirte, war der Kutscher noch wohllauf und sprach bei Entrichtung des Chausseegeldes einige Worte mit dem Polizeinnehmer. Wahrscheinlich hatte er vorher oder kurz nachher den Mörder, der ihn um einen Koffer in dem Wagen angesprochen haben mochte, zu sich auf den Wagen genommen und wurde nun von diesem meuchlings niedergeschlagen. (Schl. Stg.)

* **Gumbinnen, 27. Dez.** [Zwei Selbstmorde] werden der „N. A. Ztg.“ wie folgt berichtet: Am Sonntag erhängte sich der als sehr wohlhabend geltende hiesige Fleischermeister, Hausbesitzer und Stadtverordnete Rubel. Wie es jetzt heißt, hat er in den letzten Jahren beim Ochsenhandel nach Berlin und anderen Unternehmungen schwere Verluste erlitten, welcher Umstand ihn in den Tod trieb. Noch mehr Aufsehen erregt der zweite Selbstmord, welchen am 1. Feiertag unser früherer Landrath und jetzige Verwaltungsgerichtsdirektor Burckard in einem Anfall von Geistesstörung beging, indem er sich ebenfalls erhängte.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Dez. Das „Tageblatt“ meldet aus Montevideo: Die Rebellen verbrannten ein Hospital in St. Gabriel; etwa 21 Verwundete kamen um.

Wien, 27. Dez. Die Landtage von Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und Steiermark sind heute eröffnet worden.

Lemberg, 27. Dez. Auf der Zwangerod-Dombrower Eisenbahn durften, nach einem früheren Ulas, sämtliche Bekannmachungen nur in der russischen Sprache abgefaßt werden. Dieser Ulas ist jetzt aufgehoben worden.

Mailand, 27. Dez. Aus guter Quelle verlautet nach dem Berliner „Volk-Anz.“, Crispi habe die Zustimmung der Krone zur Kammerauflösung bereits in der Tasche. Der Sessionsantrag werde am 4., die Auflösung am 20. Januar und die Neuwahlen im April erfolgen.

Milazzo, 27. Dez. In der vergangenen Nacht wurden hier mehrere Erdstöße verspürt; der letzte Erdstoß erfolgte um 7 Uhr Morgens.

Paris, 27. Dez. Die Armee-Kommission der Deputirtenkammer nahm die Vorlage über Spionage und Verrath an, nachdem sie den von der Regierung vorgelegten Text theilweise abgeändert hatte. Spionage wird nach diesem Gesetzentwurf mit Zwangsbefehl oder Zuchthaus bestraft. Ausländer, welche sich der Spionage schuldig machen, werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Zum Berichterstatter wurde Jules Roche ernannt; derselbe wird seinen Bericht nach dem im Januar stattfindenden Wiederzusammentritt der Kammer einbringen. — Der Senat genehmigte die provisorischen Budget-Zwölftel, sowie das Gesetz betreffend die der Familie des verstorbenen Kammerpräsidenten Bourdeau bewilligte Pension. Hierauf verlas Justizminister Guérin das Dekret, durch welches die Session geschlossen wird. — Die Deputirtenkammer genehmigte einige Gesetzesvorlagen und vertagte dann die Sitzung, um die Beendigung der Arbeiten des Senats abzuwarten. Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen war, verlas Ministerpräsident Dupuy das Dekret, betreffend den Schluß der Session.

London, 27. Dez. Unweit Breadford stießen zwei Extrazüge zusammen. Drei Wagen wurden zertrümmert, etwa sechs theilweise schwer beschädigt.

Athen, 27. Dez. Vier thessalische Deputirte verließen die Regierungspartei wegen der von Trikapis verweigerten Genehmigung, die Vorlage einer Zollerhöhung auf eingeführtes Getreide um 50 von 100, dem Budget in der Tagesordnung der Kammer voranstellen zu lassen. Trotz dieser Defektion behauptet man in Regierungskreisen über 115 Stimmen noch verfügen zu können.

Handel und Verkehr.

W. Petersburg, 27. Dez. [Privat-Telegr. der „Pos. Stg.“] Die Verwaltung der Kiew-Woroneß-Bahn erhielt die ministerielle Konzession zum Bau einer Bahn von Moskau nach Kaluga. Mit dem Bau der neuen, für den Binnenhandel Rußlands wichtigen Linie soll bereits im Frühjahr begonnen werden.

W. Warschau, 27. Dez. [Privat-Telegr. der „Pos. Stg.“] Das hiesige Handelsgericht hat die große Tabakfabrik von Landau u. Tennenbaum für fallit erklärt. Die Passivisten sind beträchtlich. Auch das Ausland soll theilhaftig sein.

W. Warschau, 26. Dez. [Original-Wollbericht] Das alte Jahr endet für den Wollhandel nicht günstig. Im Allgemeinen war das Geschäft seit Beendigung des Wollmarktes ein schleppendes und neigten sich Preise immer mehr zu Gunsten der Käufer. Der Hauptgrund der geringen Verkäufe polnischer Wollen ist der, daß unsere Fabriken starke Bezüge von österreichischer und auch zum Theil ungarischer, künstlich gewaschener Wollen machten, die sich merklich billiger stellten als polnische Wollen; außerdem läßt das Fabrikgeschäft viel zu wünschen übrig. Südrußland, welches sonst große Aufträge auf fertige Fabrikate erteilte, kauft jetzt in Folge der deutschen Konkurrenz bedeutend weniger, wodurch viele Fabrikanten den Betrieb verkleinern mußten. In den Fabrikstädten herrscht auch Geldmangel, der Zinsfuß ist ein sehr hoher, und wirkt dieser Umstand auch ungünstig auf das Wollgeschäft. Die während der letzten 14 Tage vollzogenen Verkäufe rebusirten sich auf kleinere Partien feinerer Wollen à 80–84 Thlr. und einige Stämme mittelfeiner Wollen à 72 bis 76 Thlr. pro Centner. Bei diesen Verkäufen beträgt der Preisabschlag 3–4 Thlr. polnisch pro Centner gegen letzten Wollmarkt. In der Provinz sind die Bestände gegen das Vorjahr noch ziemlich bedeutend. Das hiesige Lager beträgt 20 000 Rub.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1894.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Stunde.	66 m Seehöhe.			Grad.
27. Nachm. 9	757,4	WS frisch	halb bedeckt	+ 3,3
27. Abends 9	755,3	WS stark	bedeckt	+ 2,4
28. Morgs. 7	758,7	WS frisch	bedeckt	+ 0,8
Am 27. Dez.		Wärme-Maximum	+ 4,0° Cel.	
Am 27. „		Wärme-Minimum	+ 0,7° „	

Fonds- und Produkten-Börsenberichte. Fonds-Berichte.

* **Berlin, 27. Dez.** [Zur Börse.] Die Spekulation wird hier dreifach, während sich die Wiener in ihren Haussebestrebungen reservirt zeigt. Die größten Erwartungen werden auf den vermeintlich starken Zufluß von Mitteln im Januar gesetzt, wobei naturgemäß auch mit dem Einfluß gerechnet wird, den die vorbereiteten großen Finanzgeschäfte auf die Stimmung der europäischen Börsen ausüben werden. In solcher Hoffnung wurde das Anziehen des Sazes im Prolongationsgeschäft, bis 4 1/2 Proz. und darüber, nicht beachtet, das gegenüber dem niedrigen Privatdiskont auffallend ist. Er weist jedenfalls auf das Bestehen ganz erheblicher Hausse-Engagements hin. Eine Rücksicht auf diese machte sich heute nur kurze Zeit geltend, indem unmittelbar nach der Brämlen-erklärung sich eine Abwärtswendung bemerklich machte. Im Allgemeinen war das Geschäft auf allen Gebieten sehr beschränkt, nur für Mittelbanken zeigte sich zeitweise erhöhtes Interesse. Auf dem Montanaktienmarkt waren Hüttenaktien gedrückt durch Kassamaare, die in ziemlich großen Summen zum Verkauf kam. Außerdem lagen Meldungen vor, wonach bei einer in Dresden abgehaltenen Submition auf Radfahre die deutschen Werke von der belgischen Konkurrenz unterbieten worden seien. Gegen Rohlenwerthe wurde die frühlingssmäßige Witterung ins Feld geführt. Auch nimmt man an, daß die Dezember-Ausweise der Beiden unbedeutend werden, weil die Versandziffern in der ersten Monatshälfte geringer waren und außerdem in diesem Jahre mehr Ruhetage im Dezember sind als im vorigen Jahre. (N. B.)

Breslau, 27. Dez. (Schlußkurse.) Fest.

Neue 3 Proz. Reichsanleihe 95,40, 3 1/2 Proz. L.-Banz. 101,40, Konso. Türken 25,60, Tür. Boole 110,75, 4 Proz. ung. Goldrente 101,75, Bresl. Diskontobank 106,15, Breslauer Wechselbank 103,00, Kreditaktien 244,85, Schles. Bankverein 117,00, Donnerstagsmarkt 112,90, Höfthor Maschinenbau —, Rattomitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 187,75, Oberschles. Eisenbahn 75,50, Oberschles. Portland-Zement 99,50, Schles. Zement 161,50, Oppeln. Zement 115,30, Krampha 128,00, Schles. Zinfatten 192,00, Laura-Hütte 123,00, Verein. Delfabr. 83,50, Oesterreich. Banknoten 164,50, London, 27. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. 2 1/2 Proz. Consols 103 1/8, Preuss. 4 Proz. Consols —, Italien. 5 Proz. Rente 86 1/8, Bombardier 9 1/2, 4 Proz. 1889 Russen 101, Serie 103 1/8, lomb. Türken 25,60, österr. Silber —, österr. Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 101 1/2, 4 Proz. ungar. 73 1/2, 3 1/2 Proz. Egypter 100 1/2, 4 Proz. ungar. Egypter 102 1/2, 3 1/2 Proz. Egypt. Anl. 98 1/2, 6 Proz. Mexikaner 71 1/2, Ottomanbank 16 1/2, Canada Pacific 60 1/2, De Beers neue 18 1/2, Rio Tinto 15 1/2, 4 Proz. Rubels 55 1/2, 6 Proz. lomb. arg. A. 71, 5 Proz. arg. Goldanleihe 57 1/2, 4 1/2 Proz. arg. do. 39 1/2, 3 Proz. Reichsanl. 94 1/2, Griech. Bler anleihe 31, do. 87er Monopol-Anl. 32 1/2, 4 Proz. Griech. 1889er 5 1/2, Brax. 89er Anl. 75 1/2, 5 Proz. Weibern de Min. 79 1/2, Glas-diskont 1 1/2, Silber 27 1/2.

Paris, 27. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig.

3 Proz. amort. Rente 101,7 1/2, 3 Proz. Rente 101,72 1/2, Italien. 5 Proz. Rente 87,05, 4 Proz. ungar. Goldrente 102,22 1/2, U. Egypter-Anleihe —, 4 Proz. Russen 1889 102,00, 4 Proz. U. Orient —, 4 Proz. span. A. Anl. 73 1/2, lomb. Türken 25,65, Türken-Boole 124,40, 4 Proz. ungar. Tür. Prioritäts-Obligationen 1890 488,00, Franzosen 820,00, Bombardier —, Banque Ottomane 674,00, Banque de Paris 753,00, Bang. d'Escompte —, Rio Tinto-A. 383,10, Suezkanal-A. 3101,00, Cred. Lyonn. 833,00, B. de France 3550,00, Tab. Ottom. 472,50, Wechsel a. dt. 122 1/2, Bonboner Wechsel f. 25,17 1/2, Chén. a. London 25,19, Wechsel Amsterdam f. 206,18, do. Wien f. 201,00, do. Madrid f. 445,50, Meridional-A. 613,00, Wechsel a. Italien 5 1/2, Robinson-A. 197,00, Portugies. 24,31, Portug. Tabak-Obligat. 426,00, 4 Proz. Russen 64,25, Privatdiskont 1 1/2.

Frankfurt a. M., 27. Dez. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.]

